

## Der Kapitalismus wird die Welt zerstören

Die Globalisierung des Hungers ist da. Selbst die Weltbank zeigt sich aufgeschreckt: Protestaktionen gegen die globale Teuerungswelle und Hungerunruhen in 37 Ländern der Welt - das sehen selbst die Wirtschaftsmanager als Bedrohung an, vor allem wegen der „internationalen Sicherheit“.

„Wenn die Lebensmittelpreise sich weiter so entwickeln wie zur Zeit, werden die Auswirkungen schrecklich sein. Hunderttausende werden an Hunger sterben“, erklärte IWF-Chef Strauss-Kahn. Der Hunger sei ein „Konfliktherd für die Zukunft“.

In der Tat handelt es sich nicht nur um die einfache Fortschreibung des „gewöhnlichen Hungers“, der Millionen Menschen in den Entwicklungsländern quält. Eine Teuerungswelle nie gekannten Ausmaßes lässt die Preise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Soja, Mais, Hirse, Bohnen, Milch und Fleisch weltweit in die Höhe schnellen. Ein Ende des Preisanstiegs nicht in Sicht. Nach UNO-Angaben stiegen die Ausgaben der ärmsten Länder der Welt für den Import von Getreide 2007/08 im Schnitt um 56%, nachdem bereits 2006/07 eine Erhöhung von 37% zu verzeichnen gewesen war. Die Preise für Weizen und Reis lagen Ende März 2008 fast doppelt so hoch wie im gleichen Monat des Vorjahrs.

Der „Spiegel“ dazu: „Die Kehrseite der Globalisierung wird immer deutlicher sichtbar: Selbst in Ländern, die ihre Bevölkerung ernähren könnten, leiden inzwischen viele an Hunger - weil die Gier der Industrienationen die

Preise hochtreibt.“ Sagen wir's deutlicher: Es ist nicht die Gier der „Industrienationen“, sondern die Gier der transnationalen Konzerne und Banken, die der Auslöser für die globale Teuerungswelle ist. Die Massenproteste sind verständlich. Vor allem wenn auch die Systemfrage angesprochen wird. Immer mehr Menschen spüren: Der Kapitalismus wird die Welt zerstören. Das Nachdenken über eine solidarische Gesellschaftsordnung wird dringlicher.

## Armut wächst rapide

Es wurde schon vorab bekannt: Im neuen Armutsbericht der Bundesregierung kann man lesen, jeder fünfte in Deutschland ist jetzt von Armut betroffen, jedes dritte Kind in den Städten lebt von Hartz IV, junge Familien sind besonders betroffen. Es gibt immer mehr Arme und immer mehr Reiche.

In 15 Jahren könnten bereits rund vier Millionen Neurentner mit Altersarmut zu kämpfen haben, warnte der Sozialverband Volkssolidarität.

In den kommenden 20 Jahren werden bei uns rund 21 Millionen Menschen der Jahrgänge 1942 bis 1961 in Rente gehen. Ein Viertel von ihnen

*Fortsetzung nächste Seite*



Das Gentechnik-Versuchsfeld in Groß-Gerau wurde von Gentechnik-GegnerInnen besetzt. Die Kreistagsfraktion „Die Linke.OL“ und die DKP unterstützen den Widerstand gegen die Gentechnik und erklärten sich mit den BesetzerInnen solidarisch. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Marianne Flörsheimer und Vertreter der DKP besuchten das Camp und überreichten Getränke und frischgebackenen Kuchen. Die Kreistagsfraktion Die Linke.OL hat in einem Eilantrag gefordert, alles zu unternehmen, dass dieser Gentechnik-Versuch in Groß-Gerau unterbleibt und auch nicht gegen die BesetzerInnen des Versuchsfeldes vorgegangen wird.

wird ausschließlich von der gesetzlichen Rente leben müssen.

In den neuen Ländern haben 70% der heute 45- bis 65-Jährigen bereits acht Jahre Arbeitslosigkeit in ihrer Erwerbsbiografie, wodurch das Rentenniveau sinkt.

Ein erhebliches Armutspotenzial tragen die 6,5 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnsektor. In Ostdeutschland betrifft das 41 Prozent der Beschäftigten, im Westen etwa 22 Prozent.

Diese Lohngruppen sind im Zeitraum 2004 bis 2006 im Osten von 5,38 auf 4,86 Euro gesunken, im Westen von 7,22 auf 6,89 Euro.

26 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen definierte das Statistische Bundesamt bereits 2005 als armutsgefährdet.

BERTOLT BRECHT

*„Ich sehe dies System, und  
äußerlich  
Ist's lang bekannt, nur nicht im  
Zusammenhang! Da sitzen welche,  
Wenige, oben  
Und Viele unten, und die oben  
schreien  
Hinunter: Kommt herauf, damit wir  
alle  
Oben sind, aber genau hinsehend  
siehst du was  
Verdecktes zwischen denen oben  
und denen unten  
Was wie ein Weg aussieht, doch  
ist's kein Weg  
Sondern ein Brett, und jetzt siehst  
du's ganz deutlich  
's ist ein Schaukelbrett, dieses ganze  
System  
Ist eine Schaukel mit zwei Enden,  
die voneinander  
Abhängen, und die oben  
Sitzen nur oben, weil jene unten  
sitzen  
Und nur solange jene unten sitzen,  
und  
Säßen nicht mehr dort, wenn jene  
heraufkämen  
Ihren Platz verlassend, so dass  
Sie wollen müssen, diese säßen  
unten  
In Ewigkeit und kämen nicht  
herauf.  
Auch müssen's unten mehr als  
oben sein  
Sonst hält die Schaukel nicht. 's ist  
nämlich eine Schaukel.“*

Aus der: „Heiligen Johanna der Schlachthöfe“

## Der Hunger nach Rendite schürt den Hunger der Welt

234.685 Hausbesitzer konnten im letzten Monat in den USA ihre Hypotheken auf Eigenheime nicht mehr bedienen, in den Regionen von Las Vegas und San Diego machen die Zwangsversteigerungen von Immobilien 40% der Hausverkäufe aus.

Ingrid Matthäus-Meier und Ministerpräsident Georg Milbradt stolpern über die Verluste von IKB und Sächsischer Landesbank, die „faule Hypothekenschreibungen“ aus den USA erstanden hatten.

Der Shanghai Composite-Index für chinesische Aktien und der DAX haben seit Jahresbeginn 40 bzw. 16% ihres Wertes eingebüßt.

Während die Lohnsteigerungen in der BRD von Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Benzin „aufgefressen“ werden, kam es in Haiti, Pakistan, Indonesien, Ägypten und zahlreichen anderen Ländern zu Hungerrevolten. Gleichzeitig steigen die Weltmarktpreise für Öl und Getreide auf immer neue Höchststände. Die Weltfinanzkrise droht die Realwirtschaft zu erfassen.

Begonnen hatte alles in den USA: Der amerikanische Durchschnittskonsument Joe Sixpack konsumierte, und dies ebenso sorglos wie der US-Staat als solcher. Langfristig niedriger Realzins, Steuersenkungen und die Förderung von Konsumentenkrediten speisten die Entwicklung, bis im Sommer letzten Jahres die Immobilienblase platzte. Der Preisverfall der Immobilien wirkte als Kredit-, Banken- und Währungskrise weiter. Zwar konnte die US-Notenbank die Kernschmelze an den Finanzmärkten verhindern, indem sie in raschen Zinssenkungsschritten das Zinsniveau von 5,25 auf 2,25% absenkte, allein das vermochte der Krise nicht Einhalt zu gebieten. Der Internationale Weltwährungsfond (IWF) rechnet mit Wertberichtigungen von über 800 Milliarden Dollar. 10% aller US-Haushalte haben ihren Hausbesitz bereits verloren.

Die USA trudeln in die Rezession, der Dollar verliert rapide an Wert, gleichzeitig steigt der Außenwert des Euro an und erschwert Ausfuhren des Exportweltmeisters Deutschland in den Dollarraum, schon werden die Wachstumsraten für die Bundesrepublik nach unten korrigiert. Die steigenden Rohstoffpreise wirken umgekehrt Preissteigernd und schmälern die Binnennachfrage. Während wir bei einer Inflationsrate von 3,3% klagen, wird anderswo gehungert. Knapp 1 Milliarde Mensch geht abends hungrig schlafen, Tendenz steigend. Die „Zeit“ sieht neben dem Wachstum der Erdbevölkerung, dem Verlust an Ackerland, der Veränderung von Nahrungsgewohnheiten schon den „Showdown zwischen Tank und Teller“. Der hohe Ölpreis führt dazu, dass z.B. Mais statt in Tortillas in Ethanol (Treibstoff) umgewandelt wird. Im Kernland der Maisproduktion, den USA, sind es schon 33% der Ernte.

Parallel geht die Party der Spekulanten weiter. Der Reispreis stieg von ca. 4 Dollar/pro Zentner auf knapp 20, die 100 Dollar-Grenze für das Barrel Rohöl ist längst geknackt.

Die reichsten 200 Individuen besitzen (nach Spiegel 16/2008) soviel Geld wie ca. 40% der Erdbevölkerung.

Die Philippinen müssen zwar nur 10% ihres Reisbedarfs einführen, aber das sind 2 Millionen Tonnen im Jahr. Pro Minute werden dort drei Babys geboren.

Wolfgang Ebenhöf

## Dummbabbeler

„BILD“ und Roman Herzog wettern gegen die „Rentnerdemokratie“ in der die „Älteren die Jüngeren ausplündern“. Beiläufig Herr Herzog bezieht „Ruhebezüge“ von 219.000 Euro im Jahr. Bis an sein Lebensende. Für ganze acht Jahre Dienstzeit. Ein Durchschnittsverdiener müsste dafür 700 Jahre in die Rentenkasse einzahlen.

Dem einstigen Bundespräsidenten sind die lächerlichen 1,1 Prozent Rentenerhöhung zu viel, die die Bundesregierung angesichts der nahenden Bundestagswahl genehmigt hat. Dass diese „Erhöhung“ nicht einmal die Inflation ausgleicht, ist Herzog offenbar egal. Ebenso, dass seit Jahr und Tag das Rentenniveau sinkt.

Der Untergang droht, meint Herzog, durch die hammermäßige Rentenerhöhung von zusätzlich 0,64%. 0,46% wären es nach der Rentenformel ohnehin gewesen. Bleibt nach Abzug des „Riesterfaktors“ (einer willkürlichen Enteignung zur Förderung der Privatversicherung) eben nur 0,46%. Und da die Stimmung nach den dauernden Kürzungen mies ist, hat die Bundesregierung den Riesterfaktor zwei Jahre ausgesetzt. Die weitere Enteignung noch nicht vollzogen. Macht plus 0,64%. Summa summarum 1,1%. Und das bei einer Inflationsrate von mehr als 3,5%. Außerirdisch, dieser Aufschwung. Man sieht schon die Sektkorken aus den Altersheimen fliegen.

Es ist eben kein Anlass zu dämlich, dass die Privatisierungsprofiteure und ihre Lobbyisten ihn nicht zu nutzen versuchten, um die Generationen gegeneinander auszuspielen. Das gezielte Abwracken der gesetzlichen Rentenversicherung hat leicht durchschaubare Ziele: Den Unternehmeranteil zu senken. Und die Altersvorsorge für den Profit der Finanzkonzerne zu erschließen. Ein Milliardenunternehmen. Das darf Dummbabbeler Herzog schon mal die „Rentnerdemokratie“ herbeifabulieren.

## Marine rüstet sich für neue Kriege

In Rostock wurde die Korvette Braunschweig F 260, als erste der neuen Kriegsschiffsklasse K 130, offiziell in den Marinedienst gestellt.

Mit seiner Einsatzdauer, seinen Tarnkappen-Eigenschaften und seinen vier landzielfähigen Flugkörpern mit 200 Kilometern Reichweite, ist es insbesondere für den Kampfeinsatz in fremden Küstengewässern konzipiert. In Militärdokumenten werden die Korvetten deshalb den „Eingreifkräften“ zugeordnet. Damit, so heißt es, verbessere die Marine ihre Fähigkeit zur präzisen Bekämpfung von

Landzielen. Damit wird der grundgesetzwidrige Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee beschleunigt.

Alle fünf Korvetten der neuen Bootsklasse (Stückpreis: 240 Millionen Euro) sollen in Rostock stationiert werden. Der damit verbundene Ausbau des dortigen Marinestützpunktes zu einem der modernsten Militärstandorte geht an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.






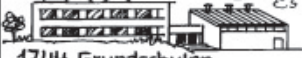






„Während für militärische Zwecke viel Geld ausgegeben wird, sind die öffentlichen Haushalte kaum noch in der Lage, ihren elementaren Aufgaben gerecht zu werden“, heißt es in einem Aufruf des dortigen Friedensbündnisses.

## „Die Bundeswehr ist heute weltweit im Einsatz“

(Bundeswehr-Weißbuch)

| Auslandseinsätze  | Entsandte         | jährl. Kosten    | Zivile Alternative  |
|---|-------------------|------------------|---|
|  Anfang 2007 in 10 Ländern und Gebieten | 7.800 SoldatInnen | 1,4 Milliarden € | 25.000 Krankenschwestern + 20.000 Altenpfleger<br> |

## Waffen für den globalen Einsatz ... Waffen, die schon im Frieden zerstören ...

| Waffenprogramme <sup>1)</sup>   | Bundeswehr Bestellg./Plang.           | Kosten <sup>2)</sup> | Zivile Alternativen <sup>3)</sup>  |
|---|---------------------------------------|----------------------|--|
|  Eurofighter ab 2003                 | Stck. 180<br>à 128 Mio (incl. Waffen) | 23,0 Mrd €           |  1840 Berufsbildungszentren<br>à 500 Azubis (je 12,5 Mio Baukosten) |
|  Kampfhubschrauber Tiger ab 2005     | Stck. 80<br>à 68 Mio (incl. Waffen)   | 5,3 Mrd €            |  828 Pflegeheime<br>à 60 Plätze (je 5,4 Mio Baukosten)              |
|  Transporthubschrauber NH/MH ab 2006 | Stck. 164<br>à 42 Mio                 | 6,8 Mrd €            |  1744 Grundschulen<br>à 200 Schüler (je 3,9 Mio Baukosten)          |
|  Militär-Airbus A400M ab 2010        | Stck. 60<br>à 153 Mio                 | 9,2 Mrd €            |  6571 Kindergärten<br>à 4 Gruppen (je 1,4 Mio Baukosten)            |
|  Schützenpanzer Puma ab 2007         | Stck. 410<br>à 9,5 Mio                | 3,9 Mrd €            |  557 Wohnheime<br>à 100 Plätze (je 7,0 Mio Baukosten)               |
|  Fregatte F 125 ab 2014              | Stck. 4<br>à 650 Mio                  | 2,6 Mrd €            |  520 Sport-/Mehrzweckhallen<br>à 2 Felder (je 5,0 Mio Baukosten)    |

1) Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2008 (Generalinspekteur Schneiderhahn März 2007)

2) Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige Forschung & Entwicklung und Erprobung

3) Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren).

Nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2007 deutscher Architektenkammer. isw-grafik bb



## Stolpersteine in der Stadt

Es war kühl und regnete in Strömen. Trotzdem waren am 19. April viele Leute gekommen, als in unserer Stadt wieder Stolpersteine verlegt wurden.

Ganz wichtig: Junge Menschen schreiben Arbeiten zum Thema, machen mit bei der Verlegung. Jana Hechler trug in der Mittelgasse die Lebensgeschichte von Simon Schott vor, der 1870 geboren und später Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Mörfelden wurde. Schott erhängte sich am 5. März 1942 in seiner Scheune, weil er eine Information erhielt, dass die Deportation der Juden in Mörfelden unmittelbar bevorstehe.

In der Langgasse erinnerte Lena Kalinowsky daran, dass die Scheune der Eheleute Goldschmidt während der Reichspogromnacht in Brand gesteckt wurde.

In der Brückenstraße rufen die Steine das bewegende Schicksal der Familie Rosenthal ins Gedächtnis. Elif Gümüs

erinnerte daran. Nina Röwer und Sabrina Reith trugen in der Elisabethenstraße 6 in Mörfelden die Lebensgeschichte der Weishaupts vor. Hier haben auch die Hauseigentümer Inga & Thomas Frank die Patenschaft für Adolf Weishaupt übernommen. Hans-Jürgen Vorndran erinnerte daran. Der Familie Reiß gedachte man in der Weingartenstraße. Wajma Qiam las ihre Geschichte.

Diesmal verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig auch drei Stolpersteine in Walldorf. Damit erinnerte er an das Schicksal der Geschwister Reiß, der einzigen jüdischen Familie Walldorfs. Die Schülerin Marwa Osman sprach über ihr Schicksal.

In unserer Stadt gibt es jetzt 41 Stolpersteine, davon drei in Walldorf. Gunter Demnig hat mittlerweile 15.000 Steine an 322 Orten in Deutschland und im benachbarten Ausland verlegt. Eine beeindruckende Leistung.

Die Aktion Stolpersteine ist eine gute Methode Geschichte aufzuarbeiten. Dabei muß man alle Aspekte sehen. In unserer Stadt wurde viel geforscht und veröffentlicht.

Dazu gehört die Geschichtsarbeit der DKP und die Vielzahl der „blickpunkt“-Broschüren (siehe auch: [www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de))

Das Schicksal der Juden in unserer Stadt ist in einer einzigartigen städtischen Dokumentation „Die schlimmste Sache war die Angst, die andauernde Angst“ beschrieben. Nicht zuletzt arbeitet die Museumsleiterin Cornelia Rühlig seit vielen Jahren an diesem Thema. Sie berät und betreut

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer.

Trotzdem, es gab auch Widerstände. Als die DKP am 17. Mai 2005 die DKP im Stadtparlament beantragte: „Stolpersteine gegen das Vergessen“ in unserer Stadt zu setzen; schrieb der damalige Bürgermeister Brehl (SPD) am 23. Mai 2005 in einem Brief an die Stadtverordnetenversammlung: „Wir sind in unserer Stadt meilenweit über „Stolpersteine“ in banalem Straßenpflaster hinaus.“

Der Antrag der DKP/OL wurde trotzdem im Stadtparlament angenommen. Für diese Idee entwickelte sich eine große Unterstützung. Der Schriftsteller Peter Härtling: „Es ist ganz wichtig, dass hier gestolpert wird“. Er bezeichnete die Messingplatten des Künstlers Gunter Demnig als eine „ganz hervorragende Idee“.

Hans-Jürgen Vorndran vom Förderverein für jüdische Geschichte berichtete, dass er im April 2005 in Berlin die ersten Stolpersteine gesehen habe und daraufhin überzeugt davon gewesen sei, dass dieses Projekt auch in Mörfelden-Walldorf gestartet werden müsse. Ohne sein Engagement hätte sich vieles nicht so gut entwickelt.

Nicht zuletzt zeigt das rege Interesse der Bevölkerung bei den Vorträgen und bei der Verlegung: Die Aktion Stolpersteine ist ein weiteres Beispiel der Aufarbeitung. „Aus der Geschichte lernen . . . dafür steht Mörfelden-Walldorf!“

Wir sind nach wie vor dafür: An alle Opfergruppen sollte mit Stolpersteinen erinnert werden.

## Der faule Kompromiss

Gegen die Beschlüsse des SPD-Parteitages und gegen die eigenen Ankündigungen hat Kurt Beck die Privatisierung der Bahn parteiintern durchgesetzt. Auch wenn es zunächst nur um 24,9% gehen soll, ist die weitere Privatisierung nur eine Frage der Zeit.

Damit hat sich die SPD-Führung gegen die Kritiker in den eigenen Reihen durchgesetzt. Ein Wortbruch mit Folgen: Kritiker der Privatisierung fürchten jetzt einen Totalausverkauf der Bahn, der Steuerzahler und Bahn-

fahrer noch teuer zu stehen kommen wird.

Der von Beck vorgelegte Kompromiss zur Bahnreform stößt auch innerhalb der SPD auf Widerstand. Vor Ort merkt man aber davon nichts. Wir sagen: Die Bahnprivatisierung muß gestoppt werden. Das von der SPD-Führung verfolgte Konzept einer Teilprivatisierung ist ein fauler Kompromiss. Eine Privatisierung von 24,9 Prozent verhindert zwar zunächst eine Vorherrschaft privater Investoren, dennoch erzwingt der Börsengang der Bahn eine verstärkte Renditeorientierung.

Die Folgen sind absehbar: eine weitere Ausdünnung des Streckennetzes, die Schließung weiterer kleiner Bahnhöfe und eine Beschränkung der Bahnverbindung auf profitable Strecken im Personen- und im Güterverkehr.

**Notwendig ist:**

**Der Ausbau statt Ausdünnung des Schienennah- und Schienenfernverkehrs.**

**Der Vorrang von Güterverkehr auf der Schiene statt auf der Straße.**

**Die Bahn in gehört in die öffentliche Hand, unter demokratischer Kontrolle.**

## Weitere Versiegelung

Das letzte Baugebiet – Plassage/Lange Äcker – ist fast bebaut, da kündigt sich das nächste „Schulzengewann/Walldorfer Weg“ in der Nähe des Mörfelder Bahnhofs an. Dort können noch 12,5 ha bebaut werden, doch „nur“ 5,2 ha stehen zur Planung an. Scheibchenweise kann man auch zum Ziel gelangen. Krampfhaft werden Gründe gesucht um etwaigen Gegnern zu begegnen. Parkplätze für Bahnbenutzer, die gute Nahversorgung mit Geschäften, problemlose Anbindung an die Wasserver- und -entsorgung, Bauland für ortsansässige Bürger, gute Mischung von Jung und Alt, Bauprojekt für ältere Menschen . . .

Eine Prüfung der Bebaubarkeit hat die Parlamentsmehrheit in Auftrag gegeben - ausgerechnet an die Nassauische Heimstätte, die dort Grundstücke besitzt. Damit hat man „den Bock zum Gärtner gemacht!“ Die Antwort ist nicht überraschend. Es geht! Eine Lärmschutzwand am Bahnkörper ist nicht erforderlich. Lärmschutz kann in/an den Gebäuden vorgenommen werden. (Warum war das in Walldorf nicht möglich?)

Inzwischen verwundert es uns nicht mehr, dass die Grünen diesem neuen Baugebiet zustimmen. Plassage (CDU und Grüne setzten dies durch) sollte ein Vorzeigeobjekt werden, ökologisch, sozial. Es ist ein Chaosbaugebiet geworden. Mit horrenden Kosten für die Stadt! Die Grundstückseigentümer, die dort unbedingt bauen wollten, haben ihre baureifen Grundstücke längst verkauft. Sie und die Bauspekulanten haben ihr Schnäppchen gemacht. Die Grünen halten still bei der Erweiterung des Industriegebietes mit neuer Straßenanbindung und in Sachen Südumgehung.

Die Zeit eilt, sagt der Bürgermeister. Nicht einmal der Magistrat hat darüber beraten und abgestimmt. Warum die Eile? Liegt es nur am vehementen Drängen eines Grundstückseigentümers? Dieser hat schon in „Good-will-Manier“ sein Areal in einen Parkplatz verwandeln lassen. Da

muss die Verwaltung ja parieren. Die DKP/LL-Fraktion ist gegen die Ausweisung des Baugebietes. Man kann nicht einerseits gegen den Ausbau des Flughafens argumentieren, der Lärm, Abgase und Verkehrszunahme verursacht und andererseits mehr Menschen in diesen Ballungsraum ansiedeln. Die Versiegelung der Flächen gehen vom Naherholungsgebiet zwischen den Stadtteilen ab. Die Verkehrsproblematik innerhalb der Stadt wird weiter zunehmen.

R. D.

## Die „Bockbrücke“ wird saniert

Nur „altgediente“ Stadtverordnete können sich noch erinnern an den Bau der Fußgängerbrücke über die Bahn in Höhe der Turmstraße im Stadtteil Mörfelden. Ein gefahrloser Weg vor allem für Schüler zur B.-v.-Suttner-Schule sollte es werden. Das Parlament gab das Projekt in die Hände des Bauamtes, das damals vom Amtsleiter Bock geführt wurde – daher der Name „Bockbrücke“. Als die Brücke der Öffentlichkeit übergeben wurde, gab es schon Kritik wegen der steilen Treppenaufgänge. „Da hat wohl der Bock einen Bock geschossen!“ Doch der verteidigte sich, dass alles nach DIN gebaut wurde. Trotzdem kann man festhalten, die Brücke ist für Radfahrer kaum zu passieren. Sie erfordert große Kraftanstrengung beim Hinaufschieben und ist gefährlich beim Abwärts.

In der Folgezeit gab es unsererseits mehrere Anträge, den Mangel zu beseitigen indem flachere Rampen beidseits gebaut werden sollten. Doch wo kein Wille, ist auch kein Weg. Mit dem Argument, dass kein ausreichender Platz vorhanden sei und die Sache sehr, sehr teuer wäre, schob man die Sache vom Tisch.

Nun ist die Brücke in die Jahre gekommen, eine Sanierung unbedingt nötig. Kosten von ca. 300.000 Euro stehen an. Da stellt sich die Frage: Können im Zuge der Sanierung auch Rampen angebracht werden, wie wird die Brücke genutzt? Schließlich gibt es

inzwischen die Wageningen Straße und in Kürze die Unterführung an der Stockhausenstr. Die Antwort darauf ist überzeugend: Im Durchschnitt von drei Tagen wurden 76 Fußgänger und 55 Radfahrer gezählt. Sollte die Brücke verschwinden, müsste ein Zaun entlang der Bahn errichtet werden, damit nicht Passanten, vor allem Schülerinnen und Schüler, die Schienen überqueren. Unsere Fraktion ist für die Sanierung und für eine Rampe lösung, die gefahrlos und kraftsparendes Passieren ermöglicht. RD

## LESERBRIEF

*In der örtlichen Presse gab es viele Diskussionen über Kommunisten und das Bürgerhaus. Auch der nachfolgende Leserbrief von Karl Schluckebier befaßt sich mit diesem Thema. Schluckebier ist Jahrgang 1922 und wohnt in Mörfelden.*

### CDU-Kampagne gegen DKP

„Meine Herren von der CDU - wenn Sie die politische Geschichte Mörfeldens nicht kennen, dann informieren Sie sich richtig, bevor Sie unsere Mitbürger, die über die damalige Zeit vor 1933 in Mörfelden unwissend sind, falsch unterrichten und bleiben Sie einfach bei der Wahrheit:

1. Beim Bau des Volkshauses 1928/29 waren *nicht nur* Kommunisten beteiligt - auch Mitglieder der „Freien Turn- und Sängervereinigung“, die eine Heimat suchten, Gewerkschafter und viele Arbeitslose, die es damals genug gab.

2. 1932 kam es vor dem alten Mörfelder Rathaus zu einer Protestveranstaltung und dabei waren *nicht nur* Kommunisten, sondern auch die vielen Arbeitslosen, die nach der Notverordnung der Reichsregierung kein Arbeitslosengeld mehr bekamen und ihre Familien nicht mehr ernähren konnten. Das führte dann zur weiteren Stärkung der KPD: Nach den Protesten kam es dann zur längeren Polizeibesetzung in Mörfelden.

3. Das Mahnmal am Bürgerhaus, das die CDU so kritisiert, steht für die Arbeiterschaft, die sich für ihre Mitmenschen eingesetzt hat. Diffamierungen, Hetze und Hasstiraden werden der Sachlichkeit nicht gerecht.

Nur so nebenbei:

An eines möchte ich noch erinnern:

An die Aufarbeitung der Nazizeit nach dem Krieg, die nie erfolgt ist, was die CDU verhindert hat.“



## Zu Besuch in Torre Pellice

Berlusconi ist zurück. Die italienischen Fernsehkanäle, die ihm fast alle gehören, haben ihm über 17 Millionen Stimmen in die Urnen gespült. Mit platten Parolen gegen Ausländer und gegen das „diebische Rom“ konnte er die selbst geschürten Ängste der Menschen ausnutzen. Klarer Fall: „Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden“.

„Ein Desaster“ urteilen die Linken Italiens, denen es nicht gelang, mit vernünftigen Argumenten gegen die geballte Medien- und Plakatmacht des Milliardärs anzukämpfen.

In unserer Partnerstadt Torre Pellice sieht es allerdings noch ein wenig anders aus.

Dort konnten die überaus umtriebigen, meist ortsfremden Plakatkleber von Forza Italia und Lega Nord nicht so viele Menschen verwirren wie im landesweiten Durchschnitt.

In „Torre“ kam die Berlusconi-Koalition nur auf 39,6%, die Links-Mitte-Koalition um Walter Veltroni errang

56,21%. Davon entfielen 8,53% auf die „Sinistra Arcobaleno“ („Regenbogen-Linke“), ein Zusammenschluß aus 4 linken Gruppen, die das Abdriften der ehemals starken PCI ins bürgerliche Lager nicht mitmachen wollen. Die ehemalige PCI heißt heute „Partito Democratico“ und ist etwa da angekommen, wo bei uns die SPD steht. In ihren Parteilokalen verkündet sie in den Nationalfarben trotzig „Die Partei sind WIR“, und sie kontrolliert auch die ehemalige KP-Zeitung „l'Unitá“, während sich die Linken mit „Liberazione“ eine sehr gute neue Zeitung geschaffen haben.

In Torre Pellice zeigt sich die Politik von Bürgermeister Claudio Bertalot, der mit einer Links-Mitte-Wählergemeinschaft regiert, die auch Kommunisten in den Gemeinderat gebracht hat. Zu den „assessori“ (vergleichbar



*Fototermin mit Kommunisten aus Torre Pellice im „Café Londra“.*

*Alfred J. Arndt, Sergio Pasetto, Piero Granero, und unten Claudio Cornelli, Gewerkschaftssekretär der CGIL FISAC (Banken & Versicherungen) der Region Piemont.*



*Anders als bei uns: Während die SPD in Mörfelden-Walldorf mit abenteuerlichen Begründungen gegen die Unterstützung des Ostermarsches stimmte, hängt in Torre Pellice ganz selbstverständlich die Friedens-Fahne am Rathaus.*

unseren Stadträten) gehört der Kommunist Prof. Lorenzo Tibaldo, mit dem Verantwortungsbereich Ausländer-Integration, Jugendpolitik und Umwelt. Die DKP/LL hat die Städtepartnerschaft Mörfelden-Walldorf / Torre Pellice zum Anlaß genommen, mit den dortigen Kommunisten und Sozialisten eine umfangreichen Erfahrungsaustausch zu organisieren.

Alfred J. Arndt

**blickpunkt**

**Wir freuen uns auf Leserbriefe.**

## Kein Europa der Konzerne

Die Zustimmung des Bundestags zum Vertrag von Lissabon ist eine Niederlage für die Demokratie und ein weiteres Zeichen für die Ignoranz einer politischen Klasse, die sich von den Interessen der Bevölkerung mehr und mehr entfernt hat. Dass der Vorläufer des Reformvertrags bei Volksabstimmungen in Frankreich und den

Niederlanden durchgefallen ist, dass viele Millionen Menschen in Europa die militaristischen und neoliberalen Inhalte der EU-Verträge ablehnen und an der Entscheidung über die künftige Verfasstheit der EU beteiligt werden wollen. All dies interessiert die vermeintlichen Volksvertreter aus CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen herzlich wenig. Doch wer glaubt, die Auseinandersetzung um den Vertrag von Lissabon sei mit Entscheidung des Bundestags gelaufen, der täuscht

sich. Ein Vertrag, in dem das Recht des Kapitals auf schrankenlose Ausbeutung höheres Gewicht hat als die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften, ist nicht akzeptabel. Ein Europa der Konzerne, wie es der Reformvertrag vorsieht, widerspricht den Interessen und Erwartungen der meisten Menschen in Europa. Wer ein friedliches, soziales und demokratisches Europa will, sollte sich also dafür einsetzen, dass die EU-Verträge revidiert werden.

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

## Lobbyisten in Bundesministerien

Wer glaubt, in den Bundesministerien würden die Gesetzesentwürfe ausschließlich von Staatsdienern verfasst, irrt.

Wer glaubt, bei Veranstaltungen der Bundesregierung habe man selbstverständlich einen Regierungsvertreter vor sich, irrt.

Wer glaubt, öffentliche Vergabeentscheidungen würden grundsätzlich von öffentlichen Bediensteten getroffen, irrt.

Seit mehreren Jahren sind in den Bundesministerien die so genannten „externe Mitarbeiter“ tätig - Mitarbeiter von Unternehmen oder Verbänden, die für eine Zeit ihren Schreibtisch im Ministerium haben, aber von ihrem eigentlichen Arbeitgeber weiter bezahlt werden. Darauf haben wir bereits im vergangenen Jahr hingewiesen und gewarnt: Wenn Lobbyisten in den Ministerien sitzen und an den Gesetzen mitarbeiten, die ihre eigenen Unternehmen regulieren sollen, wird der Bock zum Gärtner gemacht!

Über 300 „externe Mitarbeiter“ waren allein 2004-2006 in den Bundesministerien tätig - zugegeben hatte die Bundesregierung auf Nachfragen und Recherchen rund 100. Weit über die Hälfte von ihnen hat Leitungsvorlagen erstellt, 60% die Bundesregierung nach außen vertreten, 20% haben direkt an Vorlagen für Gesetze oder Bestimmungen mitgeschrieben, ein gutes Viertel war an Vergabeverfahren beteiligt. In einer ganzen Reihe von Fällen, waren „externe Mitarbeiter“ direkt mit Vorgängen befasst waren, die die Geschäftsinteressen ihrer Arbeitgeber betrafen.

Dass die „Externen“ nicht nur Kaffee gekocht haben, liegt auf der Hand. Einige der Ergebnisse sind inzwischen bekannt: eine Lärmschutzrichtlinie wurde verwässert, nachdem der Betreiber des Frankfurter Flughafens Fraport einen Mitarbeiter ins Verkehrsministerium entsendet hatte. Dieser skandalösen Praxis muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden!



*Fraktion in Aktion. Die Landtagsfraktion der Linkspartei besuchte das von der Abholzung durch die Fraport bedrohte Waldgebiet in Kelsterbach. Mit dabei Vertreter der Bürgerinitiativen. Bei einer anschließenden Diskussion im Kelsterbacher Bürgerhaus gab es einen regen Meinungsaustausch.*

## Studie: Luftverkehr bedroht Klima

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland hat die Bundesregierung aufgefordert, auf den geplanten Ausbau von Flughäfen zu verzichten. Bei der Vorstellung einer Luftverkehrs-Studie wurde gefordert: Kurzstreckenflüge sollten durch erweiterte Bahnangebote zunehmend ersetzt, die Kapazitäten der Bahn ausgebaut werden.

Der rasant wachsende Flugverkehr dürfte die Klimabilanzen von Bundesregierung und Europäischer Union nach Einschätzung von Umweltschützern und -instituten erheblich belasten. Die Auswirkungen des Flugverkehrs seien deutlich dramatischer als von Bundesregierung und Flugbranche berechnet.

Neben der Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel mit Kohlendioxid-Zertifikaten werde eine Besteuerung des Flugbenzins dringend erforderlich.

Wachse der Flugverkehr wie geplant mit einem Spritverbrauch um 3,5 Pro-

zent jährlich, werde er bereits 2013 die klimaschädliche Wirkung sämtlicher Pkw auf deutschen Straßen übertreffen.

Die Klimabelastungen des Fliegens gemäß Weltklimarat seien zwei bis drei Mal so hoch wie bei ausschließlicher Berücksichtigung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, sagten die Verfasser der Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie. So seien für die Erderwärmung durch Flugzeuge in erheblichem Umfang auch Stickoxid und erhöhte Wasserdampf-Emissionen verantwortlich. „Die Wirkungen werden von der Politik systematisch unterschätzt.“

**Herzlichen Dank  
allen, die dem »blickpunkt«  
helfen.  
Jeder Euro hilft, die Zeitung  
zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419,  
BLZ 50852553**

# Stadtgeschichten

Ziegen, auch „Kuh des kleinen Mannes“ genannt, waren in Walldorf und Mörfelden bis Anfang der 1960er Jahre sehr verbreitet. Bei so manchem Nebenerwerbslandwirt standen bis zu fünf Stück im Stall und es musste für eine Menge Futter gesorgt werden, wozu auch die Kinder schon früh beitrugen. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren mit der Lebensmittelrationierung waren Ziegen, dort wo sie unterzubringen waren, besonders gefragt. Sie gaben täglich ihre Milch und waren ein willkommener zusätzlicher Fleischlieferant, der anders als beim Schwein, nicht auf die Lebensmittelkarte angerechnet wurde. So ab Oktober musste für die



Fortpflanzung gesorgt werden. Zu diesem Zwecke wurden die Ziegen zum Ziegenbock geführt, in Mörfelden in den Gemeinde-Faselstall und in Walldorf zu verschiedenen Höfen, die einen Ziegenbock hielten. Im Frühjahr war es dann für die Kinder ein großes Ereignis, wenn die jungen Zicklein oder Ziegenlämmchen – in unserer Gegend hieß es „Gääßjer“ – auf die Welt kamen. Wie oft musste die Mutter deswegen abends spät oder auch nachts noch in den Stall, um Geburtshilfe zu leisten. Je nach Bedarf wurde ein Junges nachgezogen, aber der Rest des etwa zwei bis drei Wochen alten Nachwuchses ergab einen leckeren Oster- oder Sonntagsbraten. So erging es sicher auch den drei Ziegenlämmchen auf unserem Foto aus dem Jahre 1940. Das Bild entstand in der Coutandinstraße, am damaligen „Scheppen Weg“, wie uns ein alter Walldorfer sagte. Die drei Buben auf der „Mestkautmauer“ sind von links: Die beiden Brüder Georg und Karl Coutandin (genannt Karli) sowie ihr Neffe Klaus Schulmeyer.



**Veranstaltungen  
im  
Kulturbahnhof  
Mörfelden  
Mai 2008:**

15. Mai  
Beginn: 20 Uhr  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend



## KuBa

19. Mai, Beginn: 20 Uhr  
**HörBar:**  
„Marx Brother's Radio Show“  
Hörbuchabend

28. Mai, Beginn: 20 Uhr  
**Bildervortrag:**  
**Paula Modersohn-Becker**

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der Balsch  
bohrt so lang,  
bis er's kriecht.